

PRESSEINFORMATION

8. Europäischer Gesundheitskongress diskutiert über Krankenhaus-Rating Bayern und Baden-Württemberg im Vergleich

München (23.10.2009) – Die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben Krankenhäuser, wenn sie klein, nicht spezialisiert und in kommunaler Trägerschaft sind. Das sagt zumindest der Essener Krankenhaus-Experte Boris Augurzky, der exklusiv auf dem 8. Europäischen Gesundheitskongress in München Ergebnisse einer Krankenhausstudie präsentierte, die vor allem Bayern und Baden-Württemberg vergleicht. Kommunen schränkten oft die unternehmerische Freiheit der Krankenhäuser ein und erschwerten ihren ökonomischen Erfolg, sagte Augurzky. Baden-Württemberg schnitt in seiner Analyse etwas besser ab; einer der Gründe dafür sei, dass sich dort ebenfalls vielen kleinen Häuser spezialisiert hätten, während die bayerischen mehr „Gemischtwarenläden“ seien. Augurzky, Kompetenzbereichsleiter Gesundheit beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), hatte auf Basis der Jahresabschlussdaten, die er für den Krankenhaus Rating Report auswertet, Krankenhäuser in Bayern und Baden-Württemberg erstmalig in einer vertiefenden Analyse separat untersucht.

Bayern verhalte sich im Krankensektor zu planwirtschaftlich, kritisierte Augurzky. Er empfiehlt die Abkehr von Einzelförderungen durch die Länder. Vorbild sollten vielmehr Pauschalen wie die Baupauschale in Nordrhein-Westfalen oder neuerdings im Saarland sein. Wenn Krankenhausmanager selbst entscheiden könnten, wofür sie das Geld ausgeben, würde es meist effizienter - weil selbstverantwortet - und nachhaltiger angelegt, näher an den tatsächlichen Bedürfnissen des Hauses.

„Das ist Unfug“, kritisierte Gerhard Knorr, Abteilungsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit. „Die Einzelförderung ist ein maßgebendes Instrument der Krankenhauspolitik.“ Die Fördermaßnahmen würden ja auch immer mit dem einzelnen Träger zusammen beschlossen. Knorr wies Augurzky's Analyse als viel zu pauschal und ungenau zurück. Man müsse sich jedes Krankenhaus einzeln genau anschauen, bevor man ein Urteil fällen könne. Was die Vielzahl kleiner Häuser angehe, müsse man auch bedenken, dass Bayern ein Flächenstaat sei und man den Patienten keine Wege von 80 Kilometern oder mehr zur nächsten Klinik zumuten könne. Die bayerische Regierung bemühe sich dabei auch um schlankere Strukturen und Kooperationen.

Mehr als 700 Gesundheitsakteure - Klinikmanager, Gesundheitspolitiker, Unternehmer, Wissenschaftler, Vertreter der Verbände und Versicherungen - beschäftigen sich in München zwei Tage lang mit Gesundheitspolitik und Fachfragen rund um den Krankenhaus- und Reha-Sektor. Erstes Schwerpunktthema des Kongresses war die Patientenmobilität in Europa, zu der sich unter anderem die ungarische Gesundheitsstaatssekretärin Melinda Medgyaszai äußerte. Zu den Persönlichkeiten der Gesundheitspolitik auf dem Kongress gehören auch Österreichs Gesundheitsminister Alois Stöger, die bayerische Gesundheitsstaatssekretärin Melanie Huml, sowie Staatssekretär Dieter Hillebrand aus Baden-Württemberg.

Der 9. Europäische Gesundheitskongress findet am 30. September und 1. Oktober 2010 statt. Weitere Informationen finden Sie unter: www.gesundheitskongress.de.

Pressekontakt: Polly Schmincke, WISO S.E. Consulting GmbH,

Tel.: +49-(0)30 263 92 49 17, während des Kongresses: +49-(0)179-7650102.

E-Mail: presse@wiso-gruppe.de, Internet www.wiso-gruppe.de